

# Inhalt

Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXI
Kapitel 1: Einleitung . . . . .	1
I. Die Kinderrechte und das Kindeswohl als Gegenstände des öffentlichen Rechts . . . . .	2
II. Die Kinderrechte und das Kindeswohl als rechtsphilosophische Themen . . . . .	5
III. Dimensionen des Begriffs der Kindheit . . . . .	8
1. Kindheit als Lebensphase nach der Geburt: der generationelle Begriff der Kindheit. . . . .	9
2. Das arbeitende und das schulpflichtige Kind: Kindheit als Zeit der Entwicklung von Fähigkeiten und Fertigkeiten . . . . .	12
3. Das sündige und das unschuldige Kind: Kindheit als Zeit der moralischen und sozialen Entwicklung . . . . .	15
4. Das unmündige, das autonome und das kompetente Kind. . . . .	16
5. Kindheit heute . . . . .	18
IV. Der Begriff des Kindes im Recht . . . . .	21

## Teil 1

### Rechtsgeschichtliche Betrachtungen

Kapitel 2: Zur Entwicklung der Begriffe Kindeswohl und Kinderrechte . . . . .	27
I. Kindeswohl. . . . .	29
1. Der Kindeswohlbegriff nach dem BGB (1900–1933) . . . . .	29
a. Gefährdung des Kindeswohls, § 1666 BGB . . . . .	30
aa. Missbrauch des Sorgerechts und Vernachlässigung. . . . .	30
bb. Ehrloses und unsittliches Verhalten . . . . .	32
cc. Religiöse Kindererziehung . . . . .	33
dd. Politische Erziehung . . . . .	34
ee. Verschulden . . . . .	36
b. Die Sorgerechtsentscheidung nach der Ehescheidung, § 1635 BGB . . . . .	37

c. Das Verkehrsrecht des nicht sorgeberechtigten Elternteils (§ 1636 BGB) . . . . .	39
d. Zusammenfassung: Der Begriff des Kindeswohls im Familienrecht 1900–1933 . . . . .	41
2. Das öffentliche Fürsorgerecht (1900–1933) . . . . .	43
a. Das landesrechtliche Fürsorgerecht nach 1900 . . . . .	43
b. Das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz von 1922 . . . . .	45
aa. Der Kindeswohlbegriff im Reichsjugendwohlfahrtsgesetz . . . . .	46
bb. Der Begriff der Verwahrlosung . . . . .	47
c. Fazit: Kollektivistische Tendenzen in der öffentlichen Erziehung der Jahre 1900–1933 . . . . .	50
3. Die Zeit des Nationalsozialismus (1933–1945) . . . . .	51
a. Familienrecht . . . . .	51
aa. Kindeswohlgefährdung gem. § 1666 BGB . . . . .	52
bb. Die Kindeswohlprüfung nach der Ehescheidung . . . . .	55
b. Jugendwohlfahrtsrecht . . . . .	57
c. Fazit: Der unbestimmte Rechtsbegriff des Kindeswohls als Einfallstor für die nationalsozialistische Ideologie. . . . .	58
4. Die Zeit nach 1945 . . . . .	59
a. Die Entwicklung in der Bundesrepublik (Überblick) . . . . .	60
aa. Verfassungsrecht . . . . .	60
bb. Familienrecht . . . . .	60
cc. Jugendhilferecht . . . . .	62
dd. Weitere Rechtsbereiche. . . . .	63
b. Die Entwicklung in der DDR (1949–1990) . . . . .	64
aa. Kinder, Jugend und Familie im Recht der DDR. . . . .	65
bb. Die Verwendung des Kindeswohlbegriffs bis 1966 . . . . .	67
cc. Die Verwendung des Kindeswohlbegriffs nach 1966 . . . . .	69
dd. Fazit: Kollektivistische Vereinnahmung der unbestimmten Rechtsbegriffe Kindeswohl und Erziehungsgefährdung. . . . .	72
II. Kinderrechte . . . . .	73
1. Die „Entdeckung des Kindes“ in der Philosophie und in der Pädagogik . . . . .	74
2. Frühe Forderungen nach Kinderrechten: unterschiedliche Verständnisse . . . . .	75
3. Frühe Kodifikationen von Kinderrechten . . . . .	78
a. Das Recht des Kindes auf Erziehung gem. § 1 RJWG (1922) . . . . .	78
b. Internationales Recht . . . . .	79
aa. Die Genfer Erklärung (1924) . . . . .	79
bb. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (1948). . . . .	80
cc. Die UN-Erklärung der Rechte des Kindes (1959) . . . . .	80
dd. Die Internationalen Menschenrechtspakte (1966). . . . .	81
ee. Die UN-Kinderrechtskonvention (1989) . . . . .	82
4. Das „Recht des Kindes“ als Recht, zu einem guten Staatsbürger zu werden: Kinderrechte im Nationalsozialismus und in der DDR . . . . .	83

5. Kinderrechte zwischen Schutzverpflichtung und Autonomiegewährung. . . . .	84
--	----

## Teil 2

## Der Status des Kindes im geltenden Recht

Kapitel 3: Verfassungsrechtliche Grundlagen. . . . .	89
I. Das Kind und seine Grundrechte. . . . .	89
1. Das Kind als Grundrechtsträger. . . . .	90
2. Grundrechtsmündigkeit und Grundrechtswahrnehmung. . . . .	91
a. Wahrnehmungsfähigkeit. . . . .	92
b. Wahrnehmungsberechtigung. . . . .	93
c. Prozessuale Geltendmachung der Grundrechte: Die Prozessfähigkeit des Kindes im Rahmen der Verfassungsbeschwerde. . . . .	95
d. Zur Notwendigkeit einer „Grundrechtsreife“. . . . .	97
e. Vorschlag zur begrifflichen Differenzierung. . . . .	98
3. Grundrechtswahrnehmung und Persönlichkeitsentfaltung (Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG). . . . .	99
a. Altersspezifische Einschränkungen der allgemeinen Handlungsfreiheit. . . . .	100
b. Schutz der Entwicklung des Kindes zu einer selbstbestimmten Person. . . . .	100
c. Anerkennung der wachsenden Fähigkeit zur Selbstbestimmung. . . . .	101
d. Wachsende Berücksichtigung des Kindeswillens bei Entscheidungen über seine Belange. . . . .	102
II. Das Eltern-Kind-Verhältnis (Art. 6 Abs. 2 S. 1 GG). . . . .	105
1. Zur Entstehungsgeschichte des Art. 6 GG. . . . .	106
2. Das Elternrecht (Art. 6 Abs. 2 S. 1 GG). . . . .	108
a. Art. 6 Abs. 2 S. 1 GG als Institutsgarantie („natürliches Recht“). . . . .	109
b. Der Begriff der Pflege und Erziehung. . . . .	110
c. Das Elternrecht als Abwehrrecht. . . . .	111
d. Die Pflichtbindung des Elternrechts. . . . .	112
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen in das Elternrecht. . . . .	120
a. Keine Schrankenübertragung aus Art. 2 Abs. 1 GG. . . . .	121
b. Das allgemeine staatliche Wächteramt (Art. 6 Abs. 2 S. 2 GG). . . . .	122
aa. Das Wächteramt als spezielle Eingriffsermächtigung. . . . .	123
bb. Das Kindeswohl als Schutzgut des Wächteramts – Chiffre für die Interessen des Kindes. . . . .	126
cc. Rechtsstaatliche Anforderungen an die Ausübung des Wächteramts. . . . .	127
dd. Zwischenfazit: Die formale Stellung des Wächteramts im System des Grundgesetzes. . . . .	128

ee.	Die Grundrechte des Kindes als Geltungsgrundlage des Wächteramts . . . . .	128
ff.	Der Anspruch des Kindes auf Schutz und Hilfe durch den Staat . . . . .	132
gg.	Die Kindeswohlgefährdung als Voraussetzung wächteramtlichen Handelns . . . . .	133
hh.	Probleme bei der Bestimmung der Kindeswohlgefährdung . . .	135
	(1) Schadensvermeidung, nicht Erziehungsoptimierung . . . .	136
	(2) Exkurs: Eltern als die besten Sachwalter der Belange ihrer Kinder – und neuere Zweifel . . . . .	137
	(3) Unklare Bestimmung des Schutzgutes. . . . .	141
	(4) Überwachungs- und Kontrollbefugnisse im Rahmen des Wächteramts . . . . .	143
	ii. Die „staatliche Gemeinschaft“ als Wächter . . . . .	144
c.	Die besonderen Eingriffsvoraussetzungen für die Trennung des Kindes von seinen Eltern (Art. 6 Abs. 3 GG) . . . . .	145
d.	Einschränkungen des Elternrechts durch Sorge- und Umgangs- rechtsregelungen: Der Staat als Wächter oder Schlichter? . . . . .	150
	aa. Die Schlichtertheorie. . . . .	150
	bb. Die Anbindung präventiver Regelungen zum Schutz des Kindes an das staatliche Wächteramt . . . . .	153
e.	Der Maßstab für gerichtliche Entscheidungen zugunsten des Kindes. . . . .	154
	aa. Das verfassungsrechtliche Erziehungsziel der eigenverant- wortlichen Persönlichkeit innerhalb der sozialen Gemeinschaft . . . . .	156
	bb. Kindeswohlkriterien . . . . .	160
f.	Einschränkungen des Elternrechts aus öffentlichem Interesse . . . .	162
	aa. Das Urteil zur Anwesenheit der Eltern in der Hauptver- handlung im Jugendstrafverfahren . . . . .	162
	bb. Die Entscheidung zu Familiendoppelnamen für Kinder. . . . .	164
4.	Vorschlag für die dogmatische Strukturierung des Art. 6 Abs. 2 GG . . . . .	167
5.	Die Geltung der Grundrechte im Eltern-Kind-Verhältnis . . . . .	169
	a. Ein Recht des Kindes auf Pflege und Erziehung gegen seine Eltern? . . . .	169
	b. Mittelbare Drittwirkung der Grundrechte . . . . .	173
	c. Staatliche Schutzpflichten gegenüber dem Kind . . . . .	175
	d. Schutz der Grundrechte oder Schutz des Kindeswohls? . . . . .	177
6.	Träger des Elternrechts . . . . .	179
	a. Leibliche Elternschaft . . . . .	180
	b. Soziale und rechtlich-soziale Elternschaft. . . . .	181
	c. Der verfassungsrechtliche Begriff der Elternschaft . . . . .	183
	aa. Das Verhältnis von leiblicher und sozialer Elternschaft . . . . .	184
	bb. Wie viele Eltern kann ein Kind haben? . . . . .	186
	cc. Reduzierter Gehalt des Elternrechts bei rein leiblicher Verwandtschaftsbeziehung: Das Recht auf Zugang zur Elternschaft. . . . .	187
	dd. Gleichgeschlechtliche Elternschaft . . . . .	190
	ee. Die Stellung von Vormündern und Pflegern. . . . .	193

7. Das Kind als Teil einer Familie: Die Reichweite des Familienschutzes aus Art. 6 Abs. 1 GG . . . . .	194
III. Schule und Bildung (Art. 7 GG) . . . . .	199
1. Zur Entstehungsgeschichte des Art. 7 GG . . . . .	199
2. Die staatliche Aufsicht über das Schulwesen (Art. 7 Abs. 1 GG) . . . . .	201
3. Der staatliche Erziehungsauftrag in der Schule (Art. 7 Abs. 1 GG) . . . . .	203
4. Das Verhältnis von Elternrecht und staatlichem Erziehungsrecht . . . . .	204
a. Die Schulpflicht und ihre Ausgestaltung . . . . .	205
aa. Zwecke der Schulpflicht . . . . .	208
(1) Interessen des Staates . . . . .	208
(2) Interessen des Kindes . . . . .	210
bb. Abwägung der schulischen Erziehungszwecke mit dem Elternrecht. . . . .	213
cc. Vereinbarkeit der Schulpflicht mit internationalem Recht und dem Recht der Europäischen Union. . . . .	215
dd. Verfassungsrechtliche Anforderungen an die Ausgestaltung des Schulalltags . . . . .	217
(1) Informations- und Beteiligungsrechte. . . . .	217
(2) Weltanschauliche Neutralität und Toleranz. Insbesondere: die Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts zum „Burkini“ und zu „Krabat“ (2013). . . . .	217
(3) Schulische Erziehung und die Grundwerte der Verfassung . . . . .	222
b. Wahl der Schule und Privatschulfreiheit . . . . .	223
c. Heimunterricht als Ausnahme zur allgemeinen Schulpflicht? . . . . .	224
5. Bildungsrechte des Kindes. . . . .	225
a. Kein Recht auf Bildung aus Art. 7 GG. . . . .	227
b. Bildungsansprüche als Teil des Grundrechts des Kindes auf Entwicklung zu einer selbstbestimmten Person (Art. 2 Abs. 1 i. V.m. 1 Abs. 1 GG) . . . . .	227
6. Die Grundrechte des Kindes in der Schule . . . . .	229
7. Schulbesuch und Kindeswohl. . . . .	231
IV. Die staatliche Kompetenz zur allgemeinen Kinder- und Jugendförderung. . . . .	231
Kapitel 4: Internationales Recht . . . . .	234
I. Die UN-Kinderrechtskonvention. . . . .	234
1. Der Kindeswohlbegriff der Kinderrechtskonvention . . . . .	235
2. Die Kinderrechte nach der Kinderrechtskonvention . . . . .	238
II. Europäisches Übereinkommen über die Ausübung von Kinderrechten (1996) . . . . .	239
III. Art. 24 EU-Grundrechtecharta . . . . .	240
IV. Das Kindeswohlprinzip und seine Bedeutung im deutschen Recht . . . . .	242

1. Unmittelbare Geltung des Kindeswohlprinzips im deutschen Recht? . . . . .	242
a. Art. 3 Abs. 1 UN-KRK, Art. 7 UN-BRK . . . . .	242
b. Art. 24 GrCh . . . . .	243
c. Unmittelbare Drittwirkung gegenüber privaten Einrichtungsträgern? . . . . .	243
2. Inhalt des Kindeswohlprinzips: Die Reichweite des Vorrangs . . . . .	244
V. Die Beteiligung des Kindes an eigenen Angelegenheiten . . . . .	248
 Kapitel 5: Einfachrechtliche Ausgestaltungen . . . . .	 249
I. Familienrechtliche Begriffsprägungen . . . . .	249
1. Der verfassungsrechtliche Vorrang des Elternrechts im Familienrecht . . . . .	250
2. Gesetzlicher Vorrang der Kindesinteressen nur bei staatlichen Entscheidungen über Kindesbelange . . . . .	250
3. „Positiver“ und „negativer“ Standard: unterschiedliche Aufgaben des Kindeswohlbegriffs in der familienrechtlichen Entscheidungspraxis . . . . .	251
4. Konkretisierung des Kindeswohls als Entscheidungsmaßstab: das Beste für das Kind . . . . .	252
a. Anbindung des Kindeswohls an die Interessen des Kindes . . . . .	252
b. Objektive und subjektive Interessen des Kindes . . . . .	253
c. Gesetzliche Erziehungsleitbilder und ihre verfassungsrechtliche Rechtfertigung . . . . .	254
aa. Vereinbarkeit der Erziehungsleitbilder mit dem Elternvorrang aus Art. 6 Abs. 1 S. 1 GG . . . . .	256
bb. Folgerungen für den familienrechtlichen Kindeswohlbegriff . . . . .	261
d. Kindeswohlkriterien . . . . .	261
aa. Präferenzen des Kindes: innere Bindungen, soziale Kontinuität, Kindeswille . . . . .	261
(1) Innere Bindungen . . . . .	261
(2) Kontinuität . . . . .	262
(3) Die Perspektive des Kindes („Kindeswille“) . . . . .	263
bb. Eigenschaften der Eltern: Erziehungseignung und Bindungstoleranz . . . . .	268
(1) Erziehungseignung . . . . .	268
(2) Desinteresse . . . . .	271
(3) Kooperationsbereitschaft („Bindungstoleranz“) . . . . .	271
e. Folgerungen für den familienrechtlichen Kindeswohlbegriff . . . . .	274
5. Konkretisierung des Mindeststandards: die Kindeswohlgefährdung . . . . .	274
a. Merkmale der Kindeswohlgefährdung . . . . .	275
b. Die Bedeutung des Kindeswillens bei Entscheidungen nach §§ 1666, 1666a BGB . . . . .	278

6. Unterschiedliche gesetzliche Kindeswohlmaßstäbe . . . . .	279
7. Die rechtliche Ausgestaltung der Elternschaft: Das Sorgerecht. . . . .	284
a. Verfassungsrechtliche Anforderungen an einfachrechtliche Sorgerechtsregeln . . . . .	284
b. Das Sorgerecht des leiblichen, aber nicht rechtlichen Vaters . . . . .	285
c. Stieffamilien und Patchworkkonstellationen . . . . .	289
8. Zusammenfassung. . . . .	291
II. Kinder- und Jugendhilferecht . . . . .	291
1. Das Recht des Kindes auf Förderung seiner Entwicklung . . . . .	292
2. Die allgemeine Förderpflicht des Staates . . . . .	293
3. Subjektive Rechtsansprüche auf Hilfe bei Nichtgewährleistung des Kindeswohls (§§ 27 ff. SGB VIII) . . . . .	293
a. Der Begriff der Nichtgewährleistung des Kindeswohls . . . . .	294
b. Anspruchsinhaber . . . . .	296
4. Schutzauftrag der Jugendhilfe bei Gefährdung des Kindeswohls: Interventionsrechte und Vorfeldbefugnisse . . . . .	298
a. Inobhutnahme: Interventionsrecht der Jugendhilfe in Eilfällen . . . . .	298
b. Rücknahme der Betriebserlaubnis: Schutz des Kindeswohls in Einrichtungen . . . . .	298
c. Handlungspflicht bei Anhaltspunkten für eine Kindeswohl- gefährdung: Vorfeldbefugnisse des Jugendamts . . . . .	299
5. Beteiligungsrechte des Kindes . . . . .	300
6. Achtung der Grundrechte des Kindes in öffentlicher Betreuung . . . . .	301
7. Wirkung des Kindeswohlprinzips (Art. 3 I UN-KRK) in das Jugendhilferecht . . . . .	301
8. Die Diskussion um das Verhältnis von Kindeswohl und Kinderrechten im Jugendhilferecht . . . . .	302
III. Zum weiteren Gang der Untersuchung . . . . .	305

## Teil 3

## Rechtsphilosophische Überlegungen

Kapitel 6: Der Begriff des Wohls . . . . .	309
I. Wohl, Glück und gutes Leben . . . . .	309
II. Die Basis des Wohlbegriffs: Interessen. . . . .	313
1. Interessen . . . . .	315
2. Unterschiedliche Kategorien von Interessen. . . . .	317
3. Rechte und Freiheiten. . . . .	319
4. Die Bedeutung der Freiheit für den Wohlbegriff. . . . .	319
5. Die Bedeutung von Rechten für den Wohlbegriff . . . . .	320
III. Aussichtsreiche Verwirklichung von Interessen als Voraussetzung des individuellen Wohls . . . . .	322

1. Vergangene, gegenwärtige und zukünftige Interessen: aktuelles Wohlbefinden und übergreifendes Wohl. . . . .	322
2. Erfüllung, Streben nach Erfüllung und der Moment des Glücks	323
IV. Die Bestimmung des Wohls: subjektive und objektive Theorien . . .	327
V. Der Vorrang der Selbstbestimmung . . . . .	329
1. Einwände gegen den individualistischen Ausgangspunkt . . . . .	331
2. Einwände gegen den Vorrang des Subjektiven . . . . .	336
3. Einwände gegen die isolierte Betrachtung von Belangen . . . . .	337
4. Einwände gegen den Ausschluss eingeschränkt autonomer Individuen . . . . .	340
5. Die Grundlage der ethischen Gleichheit . . . . .	342
6. Der Begriff der Person . . . . .	344
7. Zusammenfassung . . . . .	345
VI. Autonomie als Basis des Vorrangs der Selbstbestimmung. . . . .	346
1. Personale, moralische und politische Autonomie. . . . .	346
2. Innere Voraussetzungen der Autonomie (Fähigkeit zur Autonomie) . . . . .	348
3. Relativität des Autonomiebegriffs . . . . .	352
4. Autonomiefähigkeit als Minimalbedingung für ein selbstbestimmtes Leben . . . . .	353
5. Autonomie als Möglichkeit (äußere Bedingungen für ein autonomes Lebens) . . . . .	354
VII. Einschränkungen des Vorrangs der Selbstbestimmung: Rechtfertigung paternalistischen Handelns. . . . .	359
1. Begriff des Paternalismus . . . . .	361
2. Paternalismus, Fürsorge und Care. . . . .	362
3. Abgrenzung gegen nicht-paternalistische Einschränkungen . . .	364
a. Fremdschädigendes Verhalten ( <i>harm principle</i> ). . . . .	364
b. Gemeinwohlgründe . . . . .	365
4. Paternalistische Einschränkungen autonomer Entscheidungen. .	366
a. Uninformierte Entscheidungen. . . . .	367
b. Drohende schwere Schäden . . . . .	369
c. Ethisch verwerfliches Verhalten . . . . .	371
d. Preisgabe der Möglichkeit zur Autonomie . . . . .	373
e. Inkonsequentes Verhalten: Bindung an den eigenen früheren Willen	378
f. Zusammenfassung . . . . .	380
5. Paternalistische Einschränkungen der Entscheidungen eingeschränkt autonomiefähiger Personen. . . . .	381
a. Handeln ohne den Willen der betroffenen Person . . . . .	381
b. Handeln gegen den Willen der betroffenen Person. . . . .	381
VIII. Handeln im Interesse anderer: Anforderungen an paternalistische Handlungen . . . . .	382
1. Die Ermittlung der Belange eingeschränkt autonomer Personen	383



2. Grundversorgung: Sicherstellung der Mindestbedingungen für ein gutes Leben . . . . .	385
a. Erhaltung des Selbst . . . . .	387
b. Entfaltung des Selbst. . . . .	388
IX. Grundzüge eines ethischen Begriffs des individuellen Wohles. . . . .	388
X. Zum weiteren Vorgehen . . . . .	389
Kapitel 7: Ein ethischer Begriff des Kindeswohls . . . . .	391
I. Die paternalistische Grundsituation des Kindes. . . . .	394
1. Das Gleichheitspostulat der radikalen Freiheitslehren . . . . .	394
2. Ethisch relevante Unterschiede zwischen Kindern und Erwachsenen . . . . .	396
a. Einsichts- und Steuerungsfähigkeit . . . . .	396
b. Innere Unabhängigkeit . . . . .	398
c. Informationsdefizite und Erfahrungsrückstand . . . . .	399
3. Die Unhaltbarkeit des Gleichheitspostulats . . . . .	401
4. Die Kontinuität zwischen Kindern und Erwachsenen . . . . .	402
5. Rechtfertigung des Paternalismus gegenüber Kindern . . . . .	403
6. Machtungleichgewichte zwischen Kindern und Erwachsenen . . . . .	405
II. Das Kindeswohl als aussichtsreiche Verwirklichung der individuellen Interessen des Kindes. . . . .	406
1. Individuelle Interessen des Kindes. . . . .	406
2. Erfüllung und Streben nach Erfüllung . . . . .	408
3. Gegenwärtige und zukünftige Belange des Kindes: Das „Recht auf eine offene Zukunft“ vs. das „Recht auf den heutigen Tag“ . . . . .	408
a. Kindheit als Durchgangsstadium: Primat der Zukunft . . . . .	409
b. Das „Recht auf den heutigen Tag“: Primat der Gegenwart . . . . .	410
c. Das „Recht auf eine offene Zukunft“ . . . . .	411
aa. Der Einwand der Beliebigkeit . . . . .	412
bb. Der Einwand der erzwungenen Neutralität . . . . .	413
cc. Der Einwand der Ungewissheit . . . . .	413
dd. Eine Reformulierung. . . . .	415
d. Unterschiedliche Akteure. . . . .	416
III. Die Dynamik aus Autonomie und Abhängigkeit: paternalistisches Handeln gegenüber Kindern und seine Grenzen . . . . .	416
1. Die Dynamik der Autonomieentwicklung . . . . .	417
a. Die Eroberung von Handlungsspielräumen. . . . .	418
b. Als-Ob-Autonomie, Autonomie unter Vorbehalt und Teilmündigkeit . . . . .	419
c. Die Gesamtverantwortung der Erwachsenen für das Wohl des Kindes. . . . .	421
2. Das Spannungsfeld aus Freiheit und Disziplin . . . . .	424
a. <i>Kant</i> : „Wie cultivire ich die Freiheit bei dem Zwange?“ . . . . .	426
b. <i>Locke</i> : „Reasoning with Children“ . . . . .	430

c. Heutige Erziehungsvorstellungen: unterschiedliche Schwerpunkte	432
IV. Partizipation und Selbstbestimmung: ein dynamisches Modell der Bestimmung des Kindeswohls . . . . .	435
1. Der hypothetische oder zukünftige Wille des Kindes. . . . .	436
2. Der konsultative Wille des eingeschränkt autonomiefähigen Kindes . . . . .	437
3. Der Vorrang der Selbstbestimmung bei Kindern: Abgrenzung der Teilmündigkeit und der Autonomie unter Vorbehalt. . . . .	440
4. Sonderfall: Der manipulierte Wille . . . . .	446
5. Zusammenfassung: Grundsätze für paternalistisches Handeln gegenüber Kindern . . . . .	447
V. Notwendige Bedingungen für das Kindeswohl . . . . .	448
1. Erhaltung des Selbst. . . . .	450
2. Entfaltung des Selbst . . . . .	451
 Kapitel 8: Ein ethischer Begriff der Kinderrechte . . . . .	 453
I. Der Begriff des subjektiven Rechts . . . . .	454
II. Die Möglichkeit ethischer subjektiver Kinderrechte . . . . .	457
III. Sind Rechte die richtige Kategorie für die Belange von Kindern? . . . . .	460
IV. Kinderrechte als notwendige Bedingungen des Kindeswohls (Kindergrundrechte) . . . . .	463
V. Schutz-, Förder- und Autonomierechte . . . . .	464
 Kapitel 9: Die Verantwortung für das Kindeswohl und die Kinderrechte. . . . .	 466
I. Die Familie als sozialer Nahraum des Kindes . . . . .	466
1. Elternschaft und Familie. . . . .	466
2. Die primäre Zuständigkeit der Eltern: natürlich oder sozial? . . . . .	467
3. Kindesinteresse, Elterninteresse, Familieninteresse . . . . .	470
4. Familie als Ort der Entfaltung von Eltern und Kindern . . . . .	472
5. Die Regulierung familiärer Konflikte: Recht oder Liebe? . . . . .	473
II. Die Rolle des Staates . . . . .	477
1. Eigene Interessen des Staates am Kind . . . . .	477
2. Der Staat als Garant für die Mindestbedingungen des Kindeswohls (Kindergrundrechte) . . . . .	478
3. Weitere Aufgaben des Staates . . . . .	480
III. Pluralismus und Toleranz. . . . .	481
1. Grenzen der Toleranz in pluralistischen Gesellschaften: „Übergreifender Konsens“ und unverzichtbare Bedingungen des Wohls . . . . .	481
2. Das „schlechte“ Weltbild. . . . .	485

3. Die Verneinung autonomer Lebensentfaltung . . . . .	485
4. Die Bedeutung des Kindeswillens . . . . .	487
5. Bestandsschutz für antiliberale Gemeinschaften? . . . . .	488

## Teil 4

## Ausblick

Kapitel 10: Folgerungen für das geltende Recht . . . . .	493
I. Verfassungsrechtliche Anforderungen an die rechtlichen Begriffe des Kindeswohls und der Kinderrechte . . . . .	495
1. Der rechtliche Begriff des Kindeswohls . . . . .	495
2. Der Begriff der Kinderrechte und sein Verhältnis zum Kindeswohl . . . . .	496
II. Das Kindeswohlprinzip: Reformbedarf im Verfassungsrecht? . . . . .	497
III. Die Kodifizierung der Kinderrechte . . . . .	498
1. Das Recht des Kindes auf Achtung . . . . .	502
a. Würde . . . . .	502
b. Berücksichtigung der individuellen Belange . . . . .	503
c. Identität . . . . .	503
2. Erhaltung des Kindes . . . . .	504
a. Recht auf Leben . . . . .	504
b. Körperliche Unversehrtheit. . . . .	505
c. Gesundheit . . . . .	506
d. Aufenthaltsrechte und Asyl. . . . .	507
e. Recht auf Schutz . . . . .	507
f. Recht auf Versorgung . . . . .	507
3. Entfaltung des Kindes . . . . .	508
a. Bewegungsfreiheit . . . . .	509
b. Schutz der familiären Beziehungen . . . . .	509
c. Recht auf Bildung . . . . .	510
d. Recht auf Entwicklung und spezielle Freiheitsrechte . . . . .	512
e. Chancengleichheit und Freiheit von Diskriminierung. . . . .	513
4. Zusammenfassung. . . . .	513
IV. Das verfassungsrechtliche Eltern-Kind-Verhältnis . . . . .	514
V. Der Schutz des Kindes durch das staatliche Wächteramt . . . . .	515
1. Die Interventionsschwelle der Kindeswohlgefährdung: Grundsätze . . . . .	515
2. Gefährderrforschung im Kinderschutz und Vorfeldbefugnisse . . . . .	517
a. „Gewichtige Anhaltspunkte für eine Gefährdung des Kindeswohls“ (§ 8a SGB VIII, § 4 KKG) . . . . .	520
b. „Mögliche Kindeswohlgefährdung“ (§ 157 FamFG). . . . .	520
c. Screeningverfahren . . . . .	524

VI. Die Beteiligung des Kindes . . . . .	530
1. Die Beteiligung an eigenen Angelegenheiten: allgemeine Grundsätze . . . . .	531
a. Die Einwilligung des Kindes in medizinische Behandlungen. . . . .	534
b. Nicht medizinisch indizierte körperliche Eingriffe bei Säuglingen und Kleinkindern: Der Fall der Knabenbeschneidung aus religiösen Gründen . . . . .	539
c. Willensvertretung durch Dritte: Die Verfahrensbeistandschaft (§ 158 FamFG) . . . . .	545
2. Politische Partizipation von Kindern: Wahlrecht und Beteiligungsverfahren. . . . .	548
a. Absenkung des Wahlalters . . . . .	550
b. Familienwahlrecht . . . . .	550
c. Weitere Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche . . . . .	551
VII. Die Förderung des Kindes: Jugendhilfeanspruch und Schulpflicht . . . . .	552
1. Der Anspruch auf Jugendhilfe bei Nichtgewährleistung des Kindeswohls . . . . .	553
2. Das Recht auf Emanzipation von den eigenen Herkunftsbedingungen: Bildungsrecht und Kindeswohl . . . . .	555
a. Das Recht des Kindes auf eine offene Zukunft . . . . .	555
aa. Der Fall der „Schulverweigerung“ . . . . .	555
bb. Unterrichtsbefreiungen . . . . .	559
b. Chancengleichheit . . . . .	560
VIII. Prüfstein für die voranstehenden Überlegungen: Das Kind ohne deutsche Staatsangehörigkeit . . . . .	561
1. Versorgung des Kindes: Existenzminimum und Gesundheitsleistungen . . . . .	562
2. Schutz des Kindes . . . . .	565
3. Die Verfahrensfähigkeit Minderjähriger in ausländer- und asylrechtlichen Angelegenheiten . . . . .	566
4. Förderung des Kindes: Schulbesuch ohne gesichertes Aufenthaltsrecht . . . . .	569
 Kapitel 11: Statt einer Zusammenfassung: Fünf wesentliche Erkenntnisse über das Kind im Recht. . . . .	 571
 Literaturverzeichnis . . . . .	 575
Sachverzeichnis . . . . .	605